

Laudatio „Bremer Betonklotz“

gehalten am 06.05.2023 von dem Koordinator des
Zusammenschlusses Bremer Bürgerinitiativen, Ingo Kramer,
anlässlich der Verleihung des Preises „Bremer Betonklotz“
auf dem Präsident-Kennedy-Platz

Wie wir soeben erfahren haben, gebührt der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Wohnungsbau und Stadtentwicklung – mit Kosenamen SKUMS – , Frau Dr. Maike Schaefer, die Ehre, erste Gewinnerin des Preises „Bremer Betonklotz“ geworden zu sein.

Wir haben gehört, welche Verdienste ein Anwärter auf den Preis „Bremer Betonklotz“ erworben haben sollte, um mit dem Klotz ausgezeichnet zu werden. Insbesondere muss er oder sie sich betonhart gegenüber Anliegen und Bedenken von Bürgerinnen und Bürgern einbunkern können.

Und das kann Maike Schaefer hervorragend.

Als Verkehrssenatorin verantwortet sie einen Haufen unsinniger Verkehrsprojekte, die kein Anwohner und keine Anwohnerin haben will, aber für deren Verwirklichung Steuermittel im beachtlichen Umfang verschwendet werden. Das kann man gut in der Straße Am Wall und in der Martinstraße besichtigen, wo neben existierenden, gut ausgebauten Fahrradwegen neue Premiumrouten für Radfahrer geschaffen werden, die völlig überflüssig sind. Dafür verfällt das bestehende Radwegenetz, weil für dessen Instandsetzung offenbar kein Geld mehr vorhanden ist.

Eine besondere Leidenschaft hat Maike Schaefer für die Verwirklichung überdimensionierter Bauprojekte entwickelt, die in erster Linie dem Profitinteresse der Investoren dienen. Wer braucht Hochhäuser im Viertel oder in Vegesack außer denen, die damit Geld verdienen? Jedenfalls nicht diejenigen, die dort schon wohnen. Sämtliche fachlich begründete Einwendungen gegen – von Investoren gewünschte – vorhabenbezogene Bebauungspläne werden zweckmäßigerweise komplett ignoriert. Das kann unsere Preisträgerin bestens.

Nun gibt es bedauerlicherweise gesetzliche Vorschriften, die eine Beteiligung der Öffentlichkeit etwa bei Bebauungsplanverfahren vorsehen. Das sollte man aber nicht zu ernst nehmen. Am besten einigt man sich mit Investoren schon, bevor ein solches Verfahren förmlich eingeleitet wird. Dann kann nichts mehr passieren. Es wäre furchtbar, wenn Bürgerinnen und Bürger kluge Vorschläge unterbreiten, die dann zu einer Veränderung der längst abgesprochenen Pläne führen könnten. Maike Schaefer verteidigt erfolgreich die investorengesteuerte Stadtentwicklung gegen die Zumutung, auf Vorschläge aus der betroffenen Bevölkerung eingehen zu müssen. Nicht mit ihr.

Wie gut, dass Maike Schaefer auch noch Umweltsenatorin ist. Da kann sie ihre Vorliebe für Beton so richtig ausleben. Kein Baum in Bremen ist vor ihr sicher. Hier ganz in der Nähe mussten schon oder werden noch etwa 50 Bäume ihr Leben lassen. In der Vahr soll ein ganzer Wald einem Bauvorhaben weichen. Und jeder in Bremen weiß, dass sie Platanen an der Weser einfach nicht ausstehen kann. Die Preisträgerin hat sich wegen des von ihr veranlassten Nachpflanzungsbedarfs vorbildlich um die bremischen Gartenbauunternehmen verdient gemacht. Es gebührt ihr deshalb der mit Recht erworbene Titel „Baum ab Maike“ Es gelang ihr bisher immer, die Säge nicht am eigenen Stuhl anzusetzen, sondern war erfolgreich bei der Suche nach anderen Zielen. Könnten Bäume darüber berichten, wäre so manches Buch gefüllt worden. Wenn sie noch vorhanden wären.

Das Einfordern von Transparenz stößt bei der Preisträgerin – wir wissen es schon – auf eine Betonwand. Ihre Verwaltung hat eine Meisterschaft bei der Ablehnung oder Verzögerung von Akteneinsichtsansträgen nach dem Informationsfreiheitsgesetz entwickelt. Eigentlich soll dieses Gesetz der Transparenz von Verwaltungshandeln dienen. Jede Bürgerin und jeder Bürger soll danach die Möglichkeit haben, von der Verwaltung initiierte oder begleitete Projekte, insbesondere wenn diese die eigene Nachbarschaft betreffen, durch Einsicht in die Behördenvorgänge nachvollziehen zu können. Die Preisträgerin hat aber erfolgreich klar gemacht, dass dieses Gesetz jedenfalls in ihrem Verantwortungsbereich nur für das Schaufenster gedacht ist. Denn für Anträge auf Informationszugang, die in ihrem Ressort eingingen, galt häufig, dass Anträge innerhalb der vom Gesetz vorgegebenen Fristen nicht beantwortet und Nachfragen und Erinnerungen ignoriert wurden.

Wenn die Herausgabe von Informationen partout nicht mehr zu vermeiden war, wurden angefragte Dokumente nur unvollständig oder zur Unkenntlichkeit geschwärzt zur Verfügung gestellt. Noch kreativer ist die Ablehnung von Einsichtsansträgen mit der Begründung, dass Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse Drittbeteiligter zu berücksichtigen seien oder „schutzwürdige Interessen“ einer Auskunftserteilung im Wege stünden. Dafür erhält eine Antragstellerin oder ein Antragsteller die fürsorgliche Mitteilung, dass die Bereitstellung von Informationen „grundsätzlich kostenpflichtig“ sei. Die Preisträgerin hat bei dem Umgang mit Anträgen nach dem Informationsfreiheitsgesetz bewiesen, dass sie auch hervorragend geeignet ist, großartige Transparenzankündigungen nach den Prinzipien des Hornberger Schießens einzulösen. Darf ich daran erinnern, worum es beim Hornberger Schießen geht? Eine Angelegenheit wird mit großem Getöse angekündigt, es kommt aber nichts dabei heraus und endet ohne Ergebnis. Bei der Nichteinlösung des Transparenzversprechens hat die Preisträgerin nach diesem Muster eine wahre Meisterschaft entwickelt.

Kehren wir zurück zur Umwelt. Intakte Biotope sind ihr ein Gräuel. Wo sie vorhanden sind wie bei den nördlichen Lesumwiesen sind sie durch Flutung besser zu vernichten. Ökologische Bedenken spielen hier keine Rolle, Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern werden übergangen, Fachgutachten ignoriert.

Zweckmäßigerweise werden die Planungsabläufe intransparent gehalten und mögliche Gefahren für Mensch und Natur zum Beispiel durch einen Hangrutsch in Kauf genommen. Konsequenterweise sollen im Zuge von sogenannten Ersatzmaßnahmen vorhandene Biotope in den Lesumwiesen beseitigt werden. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse über Insektenschutz, Starkregenereignisse und Klimawandel werden nicht berücksichtigt. Und dann passt natürlich auch, dass in den Lesumwiesen bereits über 30 großenteils gesunde große Bäume gefällt wurden. Hatte ich die besondere Beziehung unserer Preisträgerin zu Bäumen schon gewürdigt?

Herausragend sind auch ihre Verdienste um die Bürgerbeteiligung. Dank Maike Schaefer können wir darauf in Bremen gut verzichten. So hat sie zu Recht das unverschämte Ansinnen von Bürgerinnen und Bürgern auf Durchführung eines Volksentscheids in die Schranken gewiesen. Wo kämen wir denn hin, wenn das Volk darüber abstimmt, ob es beispielsweise Hochwasserschutz mit Platanen für die lebensbejahendere Alternative hält. Das weiß unsere Preisträgerin alles besser. Es ist deswegen für sie auch nicht erforderlich, wissenschaftliche Erkenntnisse zu berücksichtigen und darauf gestützt alternative Lösungen für den Hochwasserschutz zur Kenntnis zu nehmen. Da wird eher auf gezielte Irreführung der Öffentlichkeit durch Desinformation gesetzt. Ergebnisoffene Bürgerbeteiligung könnte am Ende bedeuten, dass vielleicht andere Lösungen verwirklicht werden als unsere Preisträgerin sich betonfest in den Kopf gesetzt hat. Es wusste doch schon unsere frühere Obrigkeit in der Kaiserzeit, dass das Volk keinen Verstand hat. Es gebührt Maike Schaefer hohe Anerkennung dafür, diese Erkenntnis in praktische Politik umzusetzen. Wenn dann doch mal ein Volksentscheid durchgeführt wird und der mehrheitliche Bürgerwille ihre Pläne zur Bebauung des Rennbahngeländes durchkreuzt, dann schließt sie wenigstens die Initiatoren eines solchen Volksentscheids von den Gesprächen über die Umsetzung des Abstimmungsergebnisses aus. Wer hier zu beteiligen ist, das bestimmt unsere Preisträgerin schon selbst. Das Volk stört da nur. Hatte nicht schon Bertold Brecht empfohlen, dass eine Regierung das Volk auflösen und sich ein anderes wählen sollte, wenn sich das Volk das Vertrauen der Regierung verscherzt hat? Gut gemacht, Preisträgerin!

Nun sei noch ein kleiner Ausflug in die Historie erlaubt. In Oslebshausen befand sich im Zweiten Weltkrieg neben den Bahnanlagen ein Zwangsarbeiterlager für sowjetische Kriegsgefangene, von denen viele aufgrund der unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen starben und an Ort und Stelle begraben wurden. Hier soll nun statt einer würdigen Ruhestätte eine Bahnwerkstatt errichtet werden,

dazu noch von einem Unternehmen, das in der Nachfolge des Betriebes steht, der während der Nazi-Herrschaft die Zwangsarbeiter beschäftigte. Auf diese Situation hingewiesen, spielte unsere Preisträgerin den Pontius Pilatus. Sie wusch ihre Hände in Unschuld, denn sie sei nicht zuständig. Offenbar hatte sie vergessen, dass sie auch Verkehrssenatorin ist und als solche mit dem Projekt Bahnwerkstatt befasst war. Vergesslichkeit zur rechten Zeit ist in der Politik ein probates Mittel. Aber hier geht es auch um historische Verantwortlichkeit. Denn die ersten 600 Zwangsarbeiter, die im September 1941 ihre Fronarbeit aufnehmen mussten, waren vom damaligen Bremer Bausenator für den Straßen- und Bunkerbau in unserer Stadt angefordert worden. Schon bis Ende 1941 waren von ihnen Hunderte infolge von Mangelernährung und einer Fleckfieberepidemie verstorben und gleich am Ort verscharrt worden. Der historischen Verantwortung für das, was damals geschehen ist, müssen sich auch diejenigen stellen, die heute im Senat Politik machen. Frau Dr. Maike Schaefer als aktuelle Bausenatorin leugnet aber jedwede Verantwortlichkeit ihrer senatorischen Behörde. Es gibt keine Entschuldigung des Bremer Senats für seine damalige Rolle als Auftraggeber für die Zwangsarbeit und keine Aufarbeitung. Auch dieses ist preiswürdig.

Mir ist bewusst, dass ich nicht alle herausragenden Verdienste der Preisträgerin erwähnt habe. Das würde diese Laudatio überfrachten. Aber schon die bemerkenswerte Aufzählung macht deutlich, wie sehr Frau Bürgermeisterin und Senatorin Dr. Maike Schaefer die heutige Auszeichnung mit dem „Bremer Betonklotz“ verdient hat. Und das sollte jetzt mit einem heftigen Applaus honoriert werden.